



# Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

08.5291.02

WSD/P085291  
Basel, 29. Dezember 2008

Regierungsratsbeschluss  
vom 23. Dezember 2008

**Interpellation Nr. 76 Peter Malama betreffend Stärkung des Wirtschaftsstandorts Basel – Massnahmen im Nachgang zur Finanzkrise**  
(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom)

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Die Prognosen sowohl für die Konjunktur als auch den Arbeitsmarkt für 2009 sind schlecht, auch wenn dies bisher noch nicht direkt spürbar ist. Der Regierungsrat stimmt dem Interpellanten zu, dass die Finanzkrise hierfür der Auslöser ist. Die Frage nach der Dauer der Krise und ob man möglicherweise am Beginn einer länger dauernden Rezession steht, ist hingegen schwerer einzuschätzen. Gleichwohl möchte der Regierungsrat in dieser Situation eine aktive Haltung einnehmen und erachtet es als richtig, jetzt zu handeln. Er tut dies im Bewusstsein, dass sein Handeln die Konjunktur bloss stützen kann und seine Einflussmöglichkeiten auf die Konjunkturentwicklung begrenzt sind. Der Regierungsrat ist andererseits überzeugt, dass die seit Jahren laufenden Arbeiten zur Standortförderung und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen auch jetzt dazu beitragen werden, dass Basel-Stadt langfristig eine hohe Attraktivität als Wirtschafts- und Lebensstandort beibehalten kann.

*1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Konsequenzen der Finanzkrise sowie eines allfälligen konjunkturellen Abschwungs auf die Wirtschaft in der Region Basel?*

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass die Finanzkrise auch die Region Basel treffen wird und geht für 2009 (und wahrscheinlich auch 2010) von einer eingetrübten Konjunktur aus - im Vergleich zu den erfolgreichen vergangenen Jahren. Dies wird Auswirkungen sowohl auf die Wertschöpfung als auch die Beschäftigung haben.

Der Regierungsrat ist aber der Ansicht, dass die Region Basel für die jetzige Situation gut gewappnet ist. Basel-Stadt und die Nordwestschweiz sind aufgrund ihrer Branchenstruktur recht gut aufgestellt. Die starke Life Sciences - Industrie ist weniger konjunkturanfällig als andere Branchen und wird vermutlich auch von der zu erwartenden Exportabschwächung weniger stark betroffen sein. Stark betroffen ist hingegen die Finanzbranche, welche in Ba-

sel-Stadt zwar weniger bedeutend ist als etwa in Zürich, dennoch führt die Krise in Teilen der Finanzbranche bereits im laufenden Jahr zu Steuerausfällen.

Nach Einschätzung des Regierungsrats sollte man die zukünftige Entwicklung nicht allzu schwarz sehen, insbesondere da in Basel-Stadt bereits einige wichtige Massnahmen auf den Weg gebracht wurden, welche jetzt ihre positive Wirkung auf die Wirtschaft entfalten. Im Gespräch der Regierungsrätlichen Delegation für Wirtschaftsfragen mit Vertretern der Wirtschaftsverbände von Anfang November 2008 wurde diese Einschätzung ebenfalls deutlich: Es herrscht zwar Unsicherheit hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Konjunktur, aber die Verbände stehen überstürzten staatlichen Eingriffen eher skeptisch gegenüber.

*2. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass Investitionen zu Gunsten von bereits geplanten Projekten (dies insbesondere im Bereich des Bau- und Ausbaugewerbes respektive im Zusammenhang mit der Werterhaltung von Liegenschaften) in der jetzigen Situation vorzeitig ausgelöst werden sollen, um die entsprechenden Branchen zu unterstützen.*

Ja, der Regierungsrat teilt diese Auffassung. Sofern sich Projekte kurzfristig realisieren lassen, können sie zur Stärkung der Wirtschaft in der jetzigen Krisensituation beitragen. Bei längeren Vorlaufzeiten besteht allerdings die Gefahr, dass Massnahmen ‚zu spät‘ kommen und ihre Wirkung erst entfalten, wenn sich die Wirtschaft bereits wieder im Aufschwung befindet).

*2a Falls ja: In welchen Bereichen gedenkt der Regierungsrat die geplanten Investitionen frühzeitig auszulösen?*

Der Regierungsrat sieht im Tiefbau die Möglichkeit, im Jahr 2009 kurzfristig zusätzliche Investitionen von rund 10 Millionen Franken vorzunehmen und ist bereit, das entsprechende Budgetpostulat entgegen zu nehmen. Erfahrungsgemäss gehen 70 bis 80% dieses Auftragsvolumens an in der Region ansässige Firmen, sodass eine Konjunkturstützung in der Region tatsächlich erreicht werden kann. Projekte im Hochbau haben demgegenüber eine längere Vorlaufzeit und könnten wahrscheinlich erst im Laufe des Jahres 2010 umgesetzt werden.

Darüber hinaus wäre es möglich, den Etat für die Werterhaltung im Verwaltungs- und Finanzvermögen sowohl für 2009 als auch 2010 aufzustocken. Diese Massnahme liesse sich ebenfalls kurzfristig umsetzen und würde schnell wirksam werden. Mehrausgaben für Unterhalts- und Sanierungsarbeiten kommen erfahrungsgemäss ebenfalls vorwiegend dem ansässigen Gewerbe zugute und tragen somit direkt zur Stützung der hiesigen Wirtschaft bei. In diesem Punkt laufen zur Zeit noch Abklärungen.

*3. Ist der Regierungsrat bereit, bereits beschlossene Massnahmen und Projekte, welche die Konsumenten/-innen (Haushalte sowie auch Unternehmen) unverhältnismässig belasten würden, zu sistieren und somit nicht zum ursprünglich geplanten Zeitpunkt umzusetzen? Als*

*Beispiele seien hier die Erhöhung der Stromtarife der IWB oder die Umsetzung des neuen Gebührens generierenden Parkraumbewirtschaftungskonzepts genannt.*

*3a Falls ja: Bei welchen konkreten Massnahmen zieht der Regierungsrat nun eine Sistierung in Betracht?*

Bezüglich der Erhöhung der Stromtarife der IWB wird sich der Regierungsrat in naher Zukunft mit dem Thema beschäftigen. Generell bleibt jedoch festzuhalten, dass die Anpassung der Stromtarife einerseits aufgrund von in der Vergangenheit gestiegenen Beschaffungspreisen erfolgte, sowie andererseits zum grössten Teil auf die neue nationale Netzgesellschaft Swissgrid zurückzuführen ist. Die vom Bundesrat kürzlich beschlossene Revision der Stromversorgungsverordnung hat die Situation zudem kurzfristig verändert. Die IWB müssen bis 01.04.2009 ihre Tarife neu berechnen. Allfällige weitere Anpassungen wird der Regierungsrat zu gegebener Zeit prüfen.

Im Hinblick auf diese Tarifierpassungen verzichtet der Regierungsrat jedoch im Jahr 2009 auf erhöhte Einnahmen sowohl bei der Förderabgabe wie bei der Gewinnablieferung der IWB.

Bei der Parkraumbewirtschaftung möchte der Regierungsrat den eingeschlagenen Weg beibehalten und das Konzept wie beschlossen umsetzen. Dies insbesondere auch deshalb, weil die Einführung wie bekannt schrittweise über mehrere Jahre erfolgt und die Unternehmen daher kurzfristig nicht zusätzlich belastet werden.

*4. Welche weiteren Massnahmen sind aus Sicht des Regierungsrates notwendig, um im Falle einer konjunkturellen Abkühlung die Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Region Basel zu erhalten?*

Auf Bundesebene wurden bereits mehrere Massnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft angestossen. Dazu zählt auch die allgemeine Freigabe der Arbeitsbeschaffungsreserven (ABR), von der Basel-Stadt besonders profitieren kann: Der Regierungsrat hat sich beim Bund im Rahmen einer kurzfristig angesetzten Vernehmlassung für die allgemeine Freigabe der ABR ausgesprochen. Eine Erhöhung der Investitionen trägt direkt und indirekt zur Stützung der Konjunktur bei, umso mehr als dass eine Erhöhung über alle Branchen hinweg zu erwarten ist. Zudem ist diese Massnahme für die öffentlichen Haushalte nicht mit zusätzlichen Ausgaben verbunden, da die Steuererleichterungen bereits bei der Bildung der Reserven gewährt wurden. Verstärkend kommt hinzu, dass der Anteil der Einlagen von baselstädtischen Unternehmen mit über 160 Mio. Franken im Vergleich zu anderen Kantonen mit Abstand der grösste ist. Es kann beim Einsatz dieser Mittel zwar zu Mitnahmeeffekten kommen, da mit den Geldern auch Projekte finanziert werden, welche ohnehin realisiert worden wären. Trotz dieser Einschränkung erwartet der Regierungsrat durch die Freigabe jedoch einen positiven Effekt für die Konjunktur in Basel-Stadt und der Region. Da die Unternehmen selbständig über die Verwendung der Gelder entscheiden, besteht zudem nicht die Gefahr von Marktverzerrungen. Hinsichtlich der anderen Massnahmen des Bundes lässt sich die Wirkung für Basel-Stadt derzeit noch nicht abschätzen.

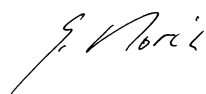
Auch im Kanton Basel-Stadt laufen bereits einige bereits früher eingeleitete Massnahmen zur Stärkung der Konjunktur, welche die Folgen der erwarteten Krise abmildern werden.

Dazu zählt zum einen das Steuerpaket, welches nun greift und antizyklisch wirkt: Die Senkung der Einkommenssteuertarife über alle Einkommensstufen hinweg stärkt den privaten Konsum und darüber die Wirtschaft. Auch die Unternehmen werden durch die erste Stufe der Reduktion der Unternehmenssteuer entlastet. Eine weitere Senkung der Unternehmenssteuer im kommenden Jahr unterstützt die antizyklische Wirkung zusätzlich. Insgesamt bleiben den Unternehmen und Haushalten rund 155 Mio. Franken mehr im Portemonnaie bzw. in der Kasse.

Zum anderen verfolgt der Kanton bereits ein Investitionsprogramm auf hohem Niveau. Für das Jahr 2009 sind schon im ordentlichen Budget gut 300 Mio. Franken Nettoinvestitionen vorgesehen. Gegenüber dem Vorjahr soll knapp ein Drittel mehr investiert werden und im Vergleich zur Rechnung 2007 sind es sogar 44% mehr. In absoluten Zahlen entspricht dies einer Steigerung der Nettoinvestitionen um 90 Mio. Franken innerhalb von zwei Jahren. Diese Gelder tragen direkt zur Stützung der Konjunktur bei.

Um die kantonalen Massnahmen im Bereich der Konjunkturförderung zu koordinieren, hat der Regierungsrat eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe unter Federführung des WSU eingesetzt. Diese wird dem Regierungsrat Anträge stellen (respektive gegebenenfalls Anträge an den Grossen Rat vorschlagen), Massnahmen zur Konjunkturstützung koordinieren sowie regelmässig berichten. Den Dialog mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden wird der Regierungsrat über die bewährten Kanäle führen. Die bereits angelaufenen Massnahmen bilden bereits eine gute Basis zur Stützung der Konjunktur. Allfällige weitere Schritte sind als ergänzende Massnahmen zu verstehen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin  
Präsident



Dr. Robert Heuss  
Staatschreiber